

Bremen

Neue Züge, alte Gräber

20. April 2022, 18:47 Uhr | Lesezeit: 3 min

Auf dem Bremer "Russenfriedhof" liegen wohl noch Hunderte Skelette sowjetischer Kriegsgefangener. Kann ausgerechnet dort eine Bahnwerkstatt für Regionalzüge entstehen?

Von Peter Burghardt, Bremen

Man tritt Bremen wohl kaum zu nahe, wenn man die Gegend an der Reitbrake als eher tristes Terrain bezeichnet. Neben Bahndamm und Autobahn zweigt im Stadtteil Gröpelingen, Ortsteil Oslebshausen, eine schmale Straße ab, am Ende ist sie nur noch eine Piste, bei Regen mit Pfützen übersät. Ganz hinten, hinter Bergen aus Steinen und Sand, steht in diesen Wochen ein weißes Zelt. "Archäologische Kriegsgräberstätte Reitbrake" ist auf einer Leinwand zu lesen, darunter sind Totenscheine abgebildet und der Schriftzug "Unbekannter Toter".

Seit einem guten halben Jahr wird hier nach Überresten sowjetischer Kriegsgefangener aus dem Zweiten Weltkrieg gegraben. Es ist ein Zufall, dass diese Grabung mit Russlands Krieg in der Ukraine zusammenfällt, beides hat nichts miteinander zu tun. Aber ein Politikum ist die Sache trotzdem, war sie schon vorher, ein Bremer Politikum.

Auf dem Terrain, bekannt als "Russenfriedhof", soll eine Bahnwerkstatt für neue Regionalzüge entstehen, den Zuschlag bekam der französische Konzern Alstom. Eine Anwohnervereinigung und das Bremer Friedensforum fordern allerdings eine Gedenkstätte statt einer Zugfabrik. Sie wollen nicht, dass dort, wo noch Überreste von Opfern der Nazis in der Erde liegen, Züge repariert werden. Dass auf Knochen von Zwangsarbeitern eine Fabrik errichtet werden solle, hält Dieter Winge von der Bürgerinitiative Oslebshausen für eine "moralische Unerträglichkeit".

Man wusste längst, dass sowjetische Kriegsgefangene auf diesem Gelände der damaligen Rüstungsstadt Bremen Zwangsarbeit verrichten mussten. Russen, Ukrainer, Belarussen und andere wurden in umliegende Lager namens Grambker Mühle oder "Commodore Bonte" deportiert, viele starben an Fleckfieber oder Erschöpfung. Allein im November 1941 wurden 371 von ihnen verscharrt, bis Kriegsende waren es vermutlich bis zu 1000. Vorne an der Reitbrake steht ein

kleines Mahnmal mit orthodoxem Kreuz. Es "soll an die hier verstorbenen Opfer der faschistischen Gewaltherrschaft erinnern", lässt eine unauffällige Plakette von 1996 wissen.

Die Gebeine vieler dieser Toten wurden von 1948 bis 1950 exhumiert und auf dem Osterholzer Friedhof in Bremen beigesetzt, damals offenbar mit Zustimmung der UdSSR. Der Bremer Senat von SPD-Bürgermeister Andreas Bovenschulte plädiert für eine Gedenkstätte auf diesem Friedhof, an den Bebauungsplänen für die Reitbrake hält er fest. Dieter Winge und andere Aktivisten jedoch begannen zu recherchieren. Sie sahen sich alte Luftbilder und Akten in Archiven an. Dabei stießen sie auf einen Polizeibericht, der 1946 auf Anforderung der Vereinten Nationen entstand. Das Schreiben führt Erkennungsmarkenummern auf, die mehr als 400 Namen eines russischen Opferarchivs zugeordnet werden konnten.

Die Gebeine liegen "dicht an dicht", teilt die Landesarchäologin mit

Auf den langen Todeslisten des Russenfriedhofs stehen Namen wie Georgij Sachazkij und Michail Rosljakow, beide wurden nur 23 Jahre alt. Oder Nikolaj Kulikow, er starb mit 28. Den Recherchen fiel auf, dass bei der Umbettung Hunderte Tote fehlten und sie noch irgendwo liegen müssen - wohl an der Reitbrake. Deshalb beauftragte die Hansestadt Bremen ihre Landesarchäologie mit Ausgrabungen. Die Wissenschaftler entdeckten Erkennungsmarken, Knochensplitter und mindestens elf vollständige Skelette oder sogar mehr. Die "Individuen" seien so "dicht an dicht zusammengepackt, dass sie erst vorsichtig getrennt werden müssen", teilte die Landesarchäologin Uta Halle mit. Jedes Grab sei "eine Überraschung."

Untersucht wurde nur ein kleines Areal, der sogenannte Kernfriedhof. Die Funde lassen jedoch vermuten, dass auch im Umfeld sterbliche Überreste liegen könnten, womöglich in verschiedenen Erdschichten, denn das Gelände unweit von Weser und Industriehafen ist immer wieder aufgespült worden. Friedensforum und Bürgerinitiative fordern, die Grabungen auszuweiten. Sie erinnern auch daran, dass der Bauherr, der Alstom-Konzern, Nachfolger der Linke-Hofmann-Werke ist, die in der Nazidiktatur Zwangsarbeiter einsetzten.

Die Aktivisten werfen dem rot-grün-roten Senat vor, wirtschaftliche Interessen über einen angemessenen Umgang mit dieser Kriegsgräberstätte zu stellen. "Es ist anzunehmen", schreiben sie in einer gemeinsamen Mitteilung, "dass es ein vergleichbares Vorgehen bei einem Friedhof für US-amerikanische, britische oder französische Kriegsgefangene nicht geben würde."

Vertreter Russlands und der Ukraine müssen einbezogen werden

Ein von den Kritikern beauftragtes Gutachten kommt zu dem Schluss, dass die geplante Bebauung völkerrechtswidrig wäre. Heike Winkel vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge gab im *Weser-Kurier* jedoch zu bedenken, dass nicht an jedem Fundort einer Grablage eine Kriegsgräberstätte eingerichtet werden könne. Das Vorgehen sei abzuwägen, dabei müsse das würdige Andenken Priorität haben.

Ähnlich sieht es Bremens Bürgermeister Bovenschulte. "Alleiniger Maßstab der Entscheidung ist die Gewährleistung eines würdevollen Gedenkens an die Toten unter Berücksichtigung der Vorgaben des Kriegsgräberrechts", sagte er dem TV-Magazin "Buten un binnen". Wie mit den Funden umzugehen sei, könne erst nach Abschluss der Grabungen entschieden werden, und zwar "in enger Abstimmung mit den Vertreterinnen und Vertretern der betroffenen Staaten, insbesondere Russlands und der Ukraine". Das war Mitte Januar, einen guten Monat vor Kriegsbeginn.

Bestens informiert mit SZ Plus – 4 Wochen kostenlos zur Probe lesen. Jetzt bestellen unter: www.sz.de/szplus-testen

URL: www.sz.de/1.5569418

Copyright: Süddeutsche Zeitung Digitale Medien GmbH / Süddeutsche Zeitung GmbH

Quelle: SZ/skle

Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über Süddeutsche Zeitung Content. Bitte senden Sie Ihre Nutzungsanfrage an syndication@sueddeutsche.de.